

Nach der Berliner Protestfahrt zum Autobahnausbau schwankt die Stimmung in den Parteien

Zwischen Stolz und Frust



Aufmerksamkeit hat die Protestaktion erzeugt, eben nur in Leverkusen und kaum in Berlin. (Jan Philip Welchering)

○

VON AGATHA MAZUR

560 Kilometer hin und genauso viele zurück: Nur wenige Tage liegt die Protestfahrt der Leverkusenerinnen und Leverkusener nach Berlin zurück, wo sie knapp 6000 Unterschriften gegen den Ausbau der A 1 und A 3 am Bundesverkehrsministerium abgegeben hatten. Abgegeben statt übergeben: Aus dem Ministerium hatte sich niemand bereiterklärt, die Papiere in Empfang zu nehmen.

Die Stimmung danach schwankt zwischen stolz, enttäuscht und verkatert. Benedikt Rees von der Klimaliste spricht nach der Aktion davon, dass es „keine Resonanz an den Adressaten“ gebe. Er sei da ganz „realistisch“: Es werde auf eine juristische Auseinandersetzung hinauslaufen, die Hoffnung, dass sich was ändert, sei gering.

Die Fraktionen Opladen plus, SPD, Grüne und CDU gaben sich zumindest zufrieden, dass man als Politik ein Zeichen gesetzt hatte. „Wir haben unseren Willen gezeigt, das ist uns in einer eindrucksvollen Form gelungen“, sagte Opladen-plus-Fraktionschef Markus Pott, „schade, dass das Ministerium keine Antenne für

Belange vor Ort hat“. Die SPD war der Meinung, man habe „ganz gut Flagge gezeigt, eine tolle Aktion war das“, so Fraktionsgeschäftsführer Julian Frohloff. Dass die Unterschriften nicht persönlich in Empfang genommen wurden, sei traurig.

Auch die CDU hätte sich gewünscht, dass man Gehör gefunden hätte: „So funktioniert Demokratie“, betonte Tim Feister. Die Grünen gaben sich ebenfalls enttäuscht, dass nicht mal ein Referatsleiter dafür rausgekommen sei. „Dabei wussten sie ja, dass wir kommen.“ Aber: „Wie gut, dass wir gemeinsam dieses Zeichen setzen, diese Fahrt wird für immer in Erinnerung bleiben“, befand Claudia Wiese. Auch Friedrich Jonas von der Interessengemeinschaft Schleswig-Holstein-Siedlung war mit dem Zeichen, das man gemeinsam gesetzt hatte, zufrieden.

Die FDP musste gegen ein von der eigenen Partei geführtes Ministerium protestieren. „Das fühlt sich nicht schlecht an“, hatte Fraktionschefin Monika Ballin-Meyer-Ahrens im Vorfeld kämpferisch betont. Man müsse inhaltlich ja nicht übereinstimmen. „Warum sollten wir als Partei sagen: ‚Wir gehen da nicht hin?‘“ Nicht hingegangen war indes die Bürgerliste, allerdings betont Mitglied Karl Schweiger im Nachhinein, dass er mitgefahren wäre, hätten nicht gesundheitliche Gründe dagegen gesprochen. Auf die Anfrage des „Leverkusener Anzeiger“ an das Ministerium am Mittwoch, 8. Juni, wer die Unterschriften am Freitag in Empfang nehmen würde, kam am Freitag um 12.26 Uhr, nachdem der Termin schon gelaufen war, per E-Mail eine Stellungnahme von Oliver Luksic, dem Parlamentarischen Staatssekretär, in der allerdings kein Wort über die Empfangnahme verloren wurde.

Doch die Fahrt zum Bundesverkehrsministerium hat auch in Leverkusen noch Konsequenzen. Die Bürgerliste ruft nun die Stadtverwaltung in einem am Montag gestellten Antrag auf, von der „völlig missglückten Übergabe von Unterschriften“ zu berichten – und über die damit verbundenen Kosten.

Weiterhin soll die Verwaltung darlegen, wie diese vom Rat finanzierte Aktion fortgeführt werden solle. Auch wenn der Rat erfreulicherweise „erhebliche Gelder“ für den Protest bereitgestellt habe: „Eine solche misslungene Aktion fördert und stärkt den Protest der Bürger und des Rates leider sicherlich nicht. Deshalb ist zu überlegen und von der Stadtverwaltung darzustellen, wie die beschlossene

Unterstützung und Förderung des Protestes nun weitergehen soll“, heißt es in dem Antrag von Horst Müller, Karl Schweiger und Erhard Schoofs. Zusätzlich beantragt die Fraktion Akteneinsicht in den interfraktionellen Arbeitskreis, der den Autobahnprotest organisiert, und die bereitgestellten Gelder.

Arthur Horvath, Leiter des Stadtmarketings, der die Fahrt organisiert hat, hatte im Vorfeld der Aktion davon gesprochen, dass die 50 000 Euro, die der Rat dem Protest zugewilligt hat, bei Weitem nicht ausgeschöpft würden. Man wolle ja keine Steuergelder verschwenden.

Kommentar

Claudia Wiese, Die Grünen